Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter **10. Jahrgang, Nummer 07 / 2013**

****

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer zeigt sich von seiner besten Seite, die Notwendigkeit gesunder und sauberer Gewässer wird deutlich und über unseren Köpfen fliegen die (Billig)Flieger aller Nationen in alle Richtungen …
Wer sich trotz der Sommer- und Urlaubszeit (oder gerade weil Urlaub ist …) um umweltpolitische Belange kümmern kann und möchte, findet in diesem Newsletter und auf der Terminseite der BBU-Homepage http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm vielfältige Anregungen.
Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch einen möglichst angenehmen und sommerlichen August.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Fracking verbieten – der Protest geht weiter!

In einem Radiogespräch mit Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, und Miriam Ahrens, Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung, hat Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU das Verbot von Fracking gefordert. In der Sendung Länderzeit des Deutschlandfunks führte er am 31. Juli 2013 zur Begründung u. a. die Gefährdung des Trinkwassers durch die unkontrollierte Rissbildung in Folge von Fracking an.
Hier kann die Sendung nachgehört werden:
http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2013/07/31/dlf_20130731_1010_ce44de92.mp3
Und hier zur Erinnerung der Spendenaufruf des BBU zur Unterstützung weiterer Aktivitäten gegen Fracking: http://www.bbu-online.de/Spendenaufruf%20Fracking.pdf
Der BBU-Vorstand bedankt sich ganz herzlich bei den bisherigen Spenderinnen und Spendern und bittet um weitere Unterstützungen.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

NRW-Landeskonferenz gegen Atomanlagen

Am Sonntag, den 30. Juni 2013, fand die Landeskonferenz der Antiatom-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen in Duisburg statt. Auf Einladung des AntiAtom-Bündnisses Niederrhein kamen 50 VertreterInnen verschiedenster Initiativen nicht nur aus Nordrhein-Westfalen, sondern auch aus Niedersachsen zusammen. Ein wesentliches Ergebnis der Konferenz ist, dass die geplante Großdemonstration in Duisburg, die am 14. September stattfinden wird, von den anwesenden Antiatom-Initiativen unterstützt und mit zeitgleich stattfindenden Kundgebungen in Braunschweig (Niedersachsen) und Cattenom (Frankreich) verzahnt wird. Die Anti-Atomkraft-Bewegung arbeitet international und engagiert sich für einen Grenzen überschreitenden Atomausstieg.
Quelle und weitere Information über das Treffen der Landeskonferenz:
http://www.antiatom-buendnis-niederrhein.de/?page_id=99.

Atommüllexport ins Ausland ist unverantwortlich!

Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände in NRW halten das neue Endlagersuchgesetz, das am Freitag im Bundesrat verabschiedet werden soll (Anmerkung der Newsletter-Redaktion: Das Gesetz wurde inzwischen verabschiedet…), für unverantwortlich: Mit einem juristischen Trick wollen die Parteien nun den Export von Atommüll ermöglichen. Quasi in letzter Minute hatten sie am vergangenen Freitag im Bundestag einen Passus in das Gesetz eingefügt, der den Export von Atommüll aus Forschungszentren erlauben soll.
Ganz aktuell betrifft der Passus 152 Castor-Behälter im Forschungszentrum Jülich (Anteilseigner: Bund 90% und Land NRW 10%), dort ist am vergangenen Wochenende die Genehmigung zur Lagerung der Castor-Behälter abge-

laufen. Der Betreiber hatte versäumt rechtzeitig eine Verlängerung zu beantragen und hatte sich auf unsinnige und gefährliche Castortransporte nach Ahaus verlassen, welche vorerst abgesagt wurden. Mit der Export-Regelung versuchen nun die Bundesregierung als Eigentümerin und die Landesregierung NRW als Atomaufsicht für Jülich das Fiasko auf ethisch fragwürdigste Weise zu lösen. Angedacht ist der Export des Jülicher Atommülls in die USA.
Nach Auffassung der Anti-Atomkraft-Initiativen kann es nicht sein, dass man Atommüll produziert, ohne zu wissen, wie man ihn entsorgt und wenn man dann keinen Ausweg weiß, kippt man ihn einfach anderen Menschen in anderen Ländern vor die Tür. Auch die USA haben kein Endlager oder ein Entsorgungskonzept für die problematischen Brennelementekugeln aus Jülich.
Ebenso betrifft das neue Gesetz 18 Castor-Behälter des Forschungszentrums Dresden-Rossendorf, diese lagern zurzeit im münsterländischen Ahaus. Hier hatte die Bundesregierung bereits 2010 vor, diese nach Russland zu verfrachten. Starke Proteste hatten dies verhindert.
Bis 2009 wurde Uranmüll aus der Urananreicherungsanlage Gronau nach Russland verschifft, seitdem häufen sich die Proteste und Berichte über katastrophale Zustände in den russischen Freiluftlagern.
Gemeinschaftliche Pressemitteilung (leicht gekürzt) vom 04.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/04.07.13.html

Endlagergesetz aus dünnem Papier – Sofortausstieg muss weitere Atommüllproduktion verhindern

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat vor dem Hintergrund des beschlossenen "Endlagersuchgesetzes" erneut die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, Uranfabriken und sonstiger Atomanlagen gefordert. "Das Gesetz ist aus dünnem Papier und es ist völlig offen, ob und wann ein sogenanntes Endlager zur Verfügung stehen wird. Bereits jetzt gibt es vielerorts große Atommüllmengen, da darf kein Kilo Atommüll mehr produziert werden", so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.
Nach Auffassung des BBU müsste vorrangig zunächst ein Überblick darüber geschaffen werden, welche Atommüllmengen sich derzeit verstreut im ganzen Bundesgebiet befinden: In Atomkraftwerken, in den sogenannten zentralen und dezentralen "Zwischenlagern", bei den Uranfabriken in Lingen und Gronau, an den Atomforschungszentren usw. Hinzu kommt bundesdeutscher Atommüll, der sich seit geraumer Zeit u. a. in Russland und Frankreich befindet. Nur wenn bekannt und analysiert ist, über welche Atommüllmengen gesprochen wird, und wenn nicht ständig weiterer Atommüll produziert wird, kann das Thema Atommüll seriös behandelt werden.
Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 05.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/05.071.13.html

Niedersachsens Umweltminister Wenzel soll die Atomanlagen in Lingen und die Atomtransporte stoppen

Nachdem am gestrigen Montag (8. Juli) erneut ein Urantransport von Hamburg nach Lingen (Emsland) stattgefunden hat, fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) von dem niedersächsischen Umweltminister Wenzel ein konsequentes Vorgehen gegen die zahllosen Atomtransporte von und nach Lingen. Im BBU sind auch Bürgerinitiativen aus den Bereichen Emsland und Münsterland organisiert, darunter der Elternverein Restrisiko Emsland und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. Gemeinsam setzen sie sich gegen die Atomanlagen in Lingen, und im Münsterland, zur Wehr.
Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz kritisiert, dass in Lingen unter einer rot-grünen Landesregierung Atombrennstoff für Atomkraftwerke hergestellt wird. Vor dem Hintergrund der ungelösten Atommüllentsorgung fordert der BBU, dass der niedersächsische Umweltminister sowohl die Brennelementefabrik als auch das Lingener Atomkraftwerk sofort stilllegt. Die Stilllegung ist auch angesichts möglicher Atomkatastrophen und denkbarer Flugzeugabstürze dringend erforderlich. Nur wenige Flugsekunden von den Lingener Atomanlagen entfernt befindet sich der Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range, dessen Betrieb mit zahlreichen militärischen Flugbewegungen verbunden ist.
Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 09.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/09.07.13.html

NRW soll Stärke zeigen und die Gronauer Uranfabrik stilllegen!

Im Streit um den Weiterbetrieb der einzigen deutschen Uranreicherungsanlage im westfälischen Gronau fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) endlich konkrete Handlungsschritte seitens der NRW-Landesregierung. "Wirtschaftsminister Duin hat offenbar Angst vor seiner eigenen Courage. Angeblich wünscht sich der Minister die Stilllegung der Gronauer Uranfabrik, die Verantwortung schiebt er aber in Richtung Bundesregierung ab. Das ist nicht konsequent", kritisiert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.
Der BBU betont, dass das Land NRW seit Jahrzehnten eine Genehmigung nach der anderen für den Betrieb der Gronauer Urananreicherungsanlage erteilt hat. "Demnach kann die Landesregierung die Genehmigungen auch aufheben, wenn sie wirklich den Anlagenbetrieb und die damit verbundene Atommüll-Produktion stoppen will", so Buchholz.
NRW-Wirtschaftsminister Duin hat ein Rechtsgutachten vorgestellt, demzufolge "sei eine rechtssichere Beendigung des Betriebs derzeit nicht möglich", so das NRW-Wirtschaftsministerium in einer Pressemitteilung.
Buchholz kritisiert, dass zur Vorstellung des Gutachtens von Minister Duin keine Bürgerinitiativen und Umweltverbände eingeladen wurden. "Gerne hätten wir nachgefragt, warum in Gronau weiterhin Atommüll produziert werden darf, obwohl es weit und breit kein Endlager gibt. Und warum die Anlage in Gronau ohne Schutz gegen Sabotage und Flugzeugabstürze betrieben werden darf. Spätestens seit dem OVG-Urteil gegen das Atommüll-Lager Brunsbüttel

sind Konsequenzen in Gronau erforderlich. Zudem würde es uns interessieren, ob sich der Gutachter bereits früher intensiv mit atomrechtlichen Fragen befasst hat".
Der BBU verweist darauf, dass es der hessischen Landesregierung in der Vergangenheit gelungen ist, alle Atomfabriken in Hanau landespolitisch zu stoppen. "Die NRW-Regierung muss an die erfolgreiche Stilllegung der Hanauer Atomanlagen anknüpfen", fordert Buchholz.
Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 12.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/12.071.13.html

Nach Blockaden: Landesregierungen sollen Uranfabriken stilllegen
Endlagerung: Gorleben ist als Standort ungeeignet Weitere Sommer-Proteste an Atommüll-Standorten in Vorbereitung

Nach den Blockadeaktionen an den Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen) in dieser Woche fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) von den zuständigen rot-grünen Landesregierungen in Düsseldorf und Hannover die Aufhebung der jeweiligen Betriebsgenehmigungen. Anti-Atomkraft-Initiativen hatten am Montag vor der Urananreicherungsanlage in Gronau und am Donnerstag in Lingen vor der Brennelementefabrik mit spektakulären Aktionen auf die Gefahren der Anlagen hingewiesen.
Für den BBU ist es nicht akzeptabel, dass in Gronau und in Lingen Uran für den Einsatz in zahlreichen Atomkraftwerken vorbereitet wird. "Wer aus der Atomenergie aussteigen will, darf die Atomanlagen in Gronau und Lingen nicht weiter laufen lassen", kritisiert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.
Nach Auffassung des BBU dürfen die beiden Landesregierungen nach den jüngsten Protesten nicht einfach zur Tagsordnung übergehen. Und der Verband, der sich bereits seit Jahrzehnten gegen Atomanlagen engagiert, rundet das Forderungspaket ab: "Natürlich muss Niedersachsens Umweltminister Wenzel auch das Atomkraftwerk Lingen 2 stilllegen", so Buchholz. Das Atomkraftwerk produziert Atommüll, für den kein sicheres Endlager in Sicht ist.
Das Bundesumweltministerium gab heute bekannt, dass das Standortauswahlgesetz für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle im Bundesgesetzblatt verkündet wurde und morgen (27. Juli) in Kraft tritt. Laut Umweltminister Altmaier beginnt damit die ergebnisoffene Suche nach einem Standort für ein Endlager. Der BBU kritisiert, dass es noch überhaupt keine umfassende Bestandsaufnahme über jeglichen bereits vorhandenen Atommüll gibt. "Anstatt weiteren Atommüll in Gronau, Lingen und anderswo produzieren zu lassen, kann nur die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen dazu beitragen, dass die Atommüllberge nicht ständig anwachsen", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.

Der BBU und die im BBU organisierte Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg betonen mit Nachdruck, dass Gorleben als Endlagerstandort ungeeignet ist und nicht weiter zur Diskussion stehen darf.
Der BBU weist darauf hin, dass auch im Hoch- und Spätsommer immer wieder Anti-Atomkraft-Aktionen stattfinden werden, Hier eine (unvollständige) Sommer-Aktionsübersicht:
24. und 25. August: Widerstandsmarathon in Gorleben, http://www.bi-luechow-dannenberg.de/
14. September: Demonstration in Duisburg, http://www.antiatom-buendnis-niederrhein.de/
14. September: Demonstration in Braunschweig, https://www.biss-braunschweig.de/
14. September: Demonstration gegen das AKW Cattenom, http://www.cattenom-non-merci.de
Gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 26.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/26.07.13.html
Foto: Auch ein Einhorn unterstützte die Blockade in Gronau (Foto: Gronauer Bündnis gegen die UAA)

Sommersitzung der Infokommission Neckarwestheim

Kürzlich fand in der Reblandhalle in Neckarwestheim wieder die “Infokommission” statt. Es ging unter anderem um die Vorbereitung des Rückbaus des stillgelegten Reaktors GKN I, um die Katastrophenschutzplanung am Standort sowie auf Initiative des BBMN um die Kinderkrebsstudie des Mainzer Kinderkrebsregisters.
Quelle und weitere Informationen zur Infokommission Neckarwestheim: Homepage des BBMN,
http://www.bbmn.de/2013/07/sommersitzung-der-infokommission-neckarwestheim/. Der BBMN ist Mitglied im BBU.

Mahnwachen vor dem AKW Brokdorf am 6. eines jeden Monats

In einem Newsletter der Mahnwachengruppe heißt es: "Seit über sechsundzwanzig Jahren kommen wir nun jeden 6. eines Monats vor das AKW Brokdorf. (Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Am 6. August findet die 325. Mahnwache statt! Der BBU gratuliert zum Durchhaltevermögen!). Die Mahnwachen wurden initiiert von kirchlichen MitarbeiterInnen und PastorInnen der Nordelbischen Kirche, den Basisgemeinden Wulfshagener Hutten und Wedel, Anti-AKW-Gruppen aus Hamburg sowie besorgten Anwohnern aus der Umgebung von Brokdorf. Anlass waren der SuperGAU im AKW Tschernobyl am 26.4.86 und die Erfahrungen auf der großen Demonstration am 7. Juni 86 gegen die für Oktober 86 geplante Inbetriebnahme des AKW Brokdorf. Der 6. eines jeden Monats wurde gewählt, um auf den unlösbaren Zusammenhang von Atomstromproduktion und militärischer Nutzung – Atombombenabwurf auf

Hiroshima am 6.8.1945 – hinzuweisen. Das Motto unserer Aktionen vor dem AKW Brokdorf lautet von Anbeginn an: Im Angesicht der Bedrohung: Gemeinsam Wege der Hoffnung finden.
Wir haben verabredet, so lange die Mahnwachen durchzuführen, bis das AKW Brokdorf stillgelegt ist". Kontakt: Hans-G. Werner, Muhlenstr. 35 22880 Wedel.
Quelle und weitere Infos: http://www.brokdorf-akut.de/mahnwachen-1.html

Widerstands-Marathon in Gorleben „Wir haben den längeren Atem“ Samstag 24. August, 13 Uhr, bis Sonntag 25. August 13 Uhr

Im Affentempo haben Bundestag und Bundesrat ein “Standortsuchgesetz” fu□r ein Atommu□ll-Endlager beschlossen. Die Politik gaukelt einen gesellschaftlichen Konsens in der Frage der Endlagersuche vor. Die Auseinandersetzung um Gorleben ist noch lange nicht beendet, sondern geht nur in die nächste Runde: Wir starten zum Widerstandsmarathon! Laufen, gehen, walken, reiten, Fahrrad fahren. Alleine, mit Freunden, als Gruppe oder mit der ganzen Familie – wir werden 24 Stunden die Atomanlagen in Gorleben umrunden.
Quelle und eine ausführliche Programmübersicht auf der Homepage der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=28. Die BI ist Mitglied im BBU.

CCS

Reclaim-Power-Tour macht Stopp in Buckow bei Beeskow

Die Reclaim Power Tour machte am 22.07.2013 in Buckow bei Beeskow, einen Übernachtungsstopp auf Einladung der Bürgerinitiative CO2-Endlager stoppen e.V. Die BI stellte sich u. a. mit einem Kurzfilm „Der verschwundene Verpressungsgedanke“ vor.
Hin und wieder kommt es zwar vor, dass Erwartungen nicht immer in Erfüllung gehen. Diesmal kam jedoch von unseren Gästen so viel Zuspruch, Zufriedenheit und sinnvoller Austausch über die Energiewende zurück, dass sich wohl alles, besonders auch der geleistete Aufwand gelohnt zu haben scheint.
Zur Obsternte wollen die fortschrittlichen Biker alle wieder kommen.
Quelle und weitere Infos: http://www.die-buergerenergiewende.de/energiebuergerinnen-beitrag/biker-tour-vom-klima-camp-lausitz-macht-stopp-in-buckow-bei-beeskow

Fracking

BBU: Der BNK-Konzern soll die Ablehnung von Fracking respektieren

Mit scharfem Protest reagiert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf die Klage der kanadischen Erdgasfirma BNK. BNK hat am Montag (8. Juli) beim Verwaltungsgericht in Gießen eine Klage gegen die Ablehnung eines Erdgas-Aufsuchungsantrags eingereicht Der Ablehnungsbescheid war vom Regierungspräsidium Darmstadt für Nordhessen verfasst worden. Der BBU betont, dass sich breite Bevölkerungskreise in Hessen und anderswo gegen jegliche Frackingpläne zur Wehr setzen. Das sollte von BNK respektiert werden. Das Regierungspräsidium Darmstadt bezieht sich bei der Ablehnung der Fracking-Pläne von BNK auf zwei Gutachten und hat im Juni die Pläne untersagt.
Unter Fracking versteht man die Gasförderung aus tiefen Gesteinsschichten. Zur Gewinnung der Gasvorkommen werden dabei neben Wasser und Sand auch Chemikalien in das Gestein gepumpt, um dieses aufzusprengen. Bei der Frackingtechnik drohen beispielsweise Verseuchungen des Grundwassers. Vielerorts haben sich Bürgerinitiativen gegen Fracking gebildet.
Der BBU unterstützt die Aktivitäten der Bürgerinitiativen und engagiert sich vielfältig gegen Fracking. Aktuell ruft der BBU zum weiteren Widerstand gegen Fracking auf und verweist auf die Korbacher Resolution gegen Fracking, die im Internet unterschrieben werden kann, siehe https://www.openpetition.de/petition/online/korbacher-erklaerung-der-buergerinitiativen-gegen-fracking-deutschland
In der Korbacher Resolution werden folgende Forderungen an Bund, Länder und die Europäische Union gerichtet:
• Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
• Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
• Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
• Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
• Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.
Mehr Informationen dazu findet man auf der Startseite der BBU-Homepage unter http://www.bbu-online.de. Dort ist auch die Korbacher Resolution direkt verlinkt. Weiterhin weist der BBU bereits jetzt auf bundesweite und internatio-

nale Aktionstage gegen Fracking hin. Diese finden am 31. August bzw. am 19. Oktober statt. Weitere Informationen hierzu findet man auf der Terminseite der BBU-Homepage.
BBU-Pressemitteilung vom 09.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/09.071.13.html

BBU erhebt Einwendung gegen den neuen Rahmenbetriebsplan für das RWE Dea-Gasvorhaben Völkersen Z3/Z11 – Vorgelegte Umweltverträglichkeitsuntersuchung ist eine Farce

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) fristgerecht eine Einwendung gegen das Vorhaben der RWE Dea AG erhoben, am Bohrplatz Völkersen Z3/Z11 in Niedersachsen das Fördervolumen von 500.000 m3 pro Tag auf potentiell 1.000.000 m3 pro Tag zu erhöhen. Kernpunkt der Antragsunterlagen ist eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung, die der BBU als absolut unzureichend bezeichnet. Der Umweltverband kritisiert, dass der Untersuchungsgegenstand unzureichend festgelegt ist, die Methodik pauschal und willkürlich ist und Bewertungsmaßstäbe nicht vorhanden, nicht nachvollziehbar oder willkürlich gewählt sind. In seiner Einwendung zeigt der BBU die Defizite im Detail auf.
Diplom-Physiker Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „An diesem Antrag zeigt sich deutlich, welche Vorstellungen die Gaskonzerne von einer Umweltverträglichkeitsprüfung haben. Es geht anscheinend lediglich darum, formell eine lästige Pflicht zu erfüllen, aber nicht die detaillierte Ermittlung und Bewertung der Umweltbelastungen vorzunehmen. Eine weitgehend fehlende Anlagenbeschreibung, ein zu kleiner Untersuchungsraum, fehlende quantitative Aussagen über die zu erwartenden Umweltbelastungen oder das fast völlige Ausblenden des nicht bestimmungsgemäßen Betriebs sind nur einige Punkte, die diese Untersuchung zu einer Farce machen. Die Untersuchung ist so wenig konkret, dass noch nicht einmal klar ist, ob am Standort eine Gasförderung mittels Fracking erfolgen soll. Dass die zuständige Behörde den Antrag auf dieser Grundlage ausgelegt und nicht zurückgewiesen hat, ist ein Skandal.“
Der BBU sieht sich angesichts dieses exemplarischen Falls in seiner Position bestätigt, dass die von vielen Politikern hoch gelobte und zukünftig geplante Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für Fracking-Vorhaben keine Umwelt- und Gesundheitsschäden verhindern wird. Eine solche UVP hätte lediglich eine Alibifunktion. Der BBU fordert daher das ausnahmslose Verbot von Fracking.
Die Einwendung ist im Internet abrufbar unter http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Einwendung_BBU_2.pdf
Informationen über Unterschriftenaktionen gegen Fracking gibt es im Internet auf der Startseite der BBU-Homepage unter http://www.bbu-online.de.
BBU-Pressemitteilung vom 12.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/12.07.13.html

Kohlekraftwerke

Bundesverband fordert: Kraftwerk Moorburg darf nicht ans Netz!

Der BBU hat sich erneut gegen die drohende Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks des schwedischen Konzerns Vattenfall in Hamburg-Moorburg ausgesprochen. Nach Auffassung des BBU ist das Kohlkraftwerk Moorburg angesichts der erneuerbaren Energien für die Stromversorgung Hamburgs überflüssig.
Das Kraftwerk soll 2014 in Betrieb gehen. Im Juni hatte ein Probelauf dunkle Rauchwolken über dem Kraftwerk und in der Nachbarschaft verursacht. In der Nachbarschaft wurde über Übelkeit geklagt. Nach Informationen des NDR sind die Bauarbeiten für das Kraftwerk sind weitgehend abgeschlossen. Am heutigen Samstag (20. Juli) will Vattenfall mit der Inbetriebsetzung des Kühlturmes beginnen. Anlässlich des Problaufs des Kohlekraftwerks Moorburg findet ebenfalls am heutigen Samstag (20. Juli) um 11.55 Uhr eine Protestaktion unter dem Motto "Wilhelmsburg in Atemnot" statt. Veranstaltungsort ist der Gertrud von Thaden Platz - vor der Umweltbehörde.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit dieser Aktion. In dem Aufruf zur Aktion heißt es u. a.: "Mit der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes in Moorburg kommen weitere massive Belastungen auf die in Windrichtung liegenden Wilhelmsburger Wohngebiete zu. Eine weitere Zunahme des Autoverkehrs in der Wilhelmsburger Mitte - wie in den Plänen für den Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstrasse und der Hafenquerspange vorgesehen - widerspricht EU-Recht, konterkariert alle Bemühungen für einen Umstieg auf die Bahn und nimmt Krankheit und vorzeitigen Tod zynisch in Kauf." Den vollständigen Aufruf und weitere Hintergrundinformationen findet man hier: http://www.zukunftsplan-statt-autobahn.de. Direktlink zum Aufruf:
http://www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/Aktuelles/2013/07-Gasmaskendemo/WILHELMSBURG%20IN%20ATEMNOT.pdf
BBU-Pressemitteilung vom 20.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/20.07.13.html

Landwirtschaftspolitik

13. Juli - Demonstration in München: Wir haben es satt! Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) rief ebenso wie viele Initiativen und Verbände für Samstag (13. Juli) zur Teilnahme an einer Demonstration in München auf, die sich gegen die herrschende Landwirtschaftspolitik richtete.

Ausführliche Informationen zu den konkreten Forderungen gibt es im Internet unter www.wir-haben-es-satt.de.
Für den BBU ist aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes, sowie aus Gründen des Gesundheitsschutzes, der ökologische Landbau extrem wichtig. Massentierhaltungsbetriebe lehnt der BBU generell ab und er setzt sich für ein Moratorium beim Bau neuer Biogasanlagen ein. Die Entwicklung der Bio-Gas-Anlagen, die nach Auffassung des BBU besser Agro-Gas-Anlagen genannt werden sollten, hat zu einem katastrophalen Wildwuchs geführt: Die Maismonokulturen breiten sich aus, es werden Anlagen erstellt, die ihre Eingangsstoffe aus immer weiteren Entfernungen beziehen, der Stand der Technik ist nicht fixiert worden und Probleme der Sicherheit der Anlagen sind bisher ungelöst."
Millionen von Menschen sind nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt und leiden täglich Hunger. Spekulationen treiben die Lebensmittelpreise zusätzlich künstlich in die Höhe. Die Spekulation auf Lebensmittel und Rohstoffe lehnt der BBU ab.
Eine neue Landwirtschaftspolitik ergibt sich nach Auffassung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nicht von alleine. Notwendig sind laut BBU der Protest auf der Straße und ein bewusstes Kaufverhalten. "Und wichtig ist auch das Engagement mit Gleichgesinnten in Bürgerinitiativen und Umweltverbänden", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.
Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 11.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/11.07.13.html

Ölförderung

BBU fordert Schutz vor Ölaustritten bei Exxon

Der BBU kritisiert, dass es im Bereich der niedersächsischen Erdölfelder der ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) in der jüngsten Zeit immer wieder Ölaustritte gegeben hat. Der Verband fordert Maßnahmen, damit diese zukünftig verhindert werden. Nach Angaben des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) kam es im Bereich des Exxon-Erdölfeldes Siedenburg (Landkreis Diepholz) am 6. Juni zu einem Schaden an einer Nassölleitung. Ein Landwirt hatte beim Mähen seines Feldes die Nassölleitung beschädigt. Nach Angaben des LBEG traten circa 10 Liter Reinöl und 700 Liter Nassöl aus. In Georgsdorf (Landkreis Grafschaft Bentheim) kam es am 13. Juli zu einer Leckage an einer Exxon-Erdölförderbohrung. Nach ersten Schätzungen traten laut LBEG circa 1 m^3 Nassöl auf dem Bohrplatz „Georgsdorf 248" und auf eine angrenzende Ackerfläche von 100 m2 aus.
Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz fordert, dass die Bodenverunreinigungen bestmöglich beseitigt werden. Gleichzeitig fordert der BBU das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie auf, dafür Sorge zu tragen, dass derartige Vorkommnisse zukünftig bei Exxon nicht mehr vorkommen.
Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Anscheinend hat Exxon erhebliche Probleme mit seinen Sicherheitsstandards und seiner Sicherheitsphilosophie. Wenn es für Erdölleitungen keinen hinreichenden Schutz vor umgebungsbedingten Gefahrenquellen gibt, ist dies äußerst besorgniserregend. Wir fordern vom LBEG, dass es eine systematische Analyse der Anlagen, Rohrleitungen und Rohrfernleitungen von Exxon vornimmt. Dabei können nur Sicherstandards angelegt werden, die mit denen der Störfall-Verordnung vergleichbar sind."
Udo Buchholz vom Vorstand des BBU ergänzt: "Derartige Pannen verdeutlichen, dass die fossilen Energiequellen erhebliche Umweltgefährdungen mit sich bringen. Fossile Energieträger müssen daher schnellstmöglich durch weniger umweltschädliche Alternativenergien ersetzt werden müssen."
BBU-Pressemitteilung vom 19.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/19.07.13.html

Verkehrspolitik

Der BBU begrüßt die Resolution des Europa-Parlaments zum Tempo 30

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt die „Resolution zur Straßenverkehrssicherheit", die in dieser Woche vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. In der Resolution verlangt das Europa-Parlament von der EU-Kommission eine Studie über Wohngebiete, die eine flächenhaft Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h eingeführt haben, und über die Wirkungen dieses Tempolimits auf die Reduzierung von Unfällen mit Toten und Schwerverletzten. Der BBU sieht in der Verabschiedung dieser Resolution einen wichtigen Schritt, mit dem das Parlament dokumentiert, dass es die Untätigkeit der EU-Kommission beim Thema "Tempo 30" beendet sehen möchte. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist eine Mitgliedsorganisation der Europäischen Bürgerinitiative "30 km/h – macht die Straßen lebenswert!" und befürwortet eine breite Einführung von Tempo 30 in den Kommunen.
Auf der Internetseite www.30kmh.eu werden Unterschriften gesammelt, damit Tempo 30 in der Europäischen Union endlich eine viel höhere Priorität bekommt.
Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 05.07.2013,
http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/05.07.13.html

Impressum: **BBU-Newsletter Nr. 07 / 2013,** Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 13.08.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter" vermerken.